

Kleine energiewirtschaftliche Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **65 (1974)**

Heft 2

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kleine energiewirtschaftliche Rundschau

Von F. Wanner

Energiepolitische Götterdämmerung. Unzeitgemässer Kampf gegen Hochspannungsleitungen. Grenzen des demokratischen Geduldsspiels. Akzentverlagerung in den Informationsaufgaben.

Seit Wochen macht die Ölkrise Schlagzeilen. Energiefragen sind zum beherrschenden Thema unserer Massenmedien geworden. Was jahrelangen Informationsbemühungen nicht gelang, ist durch den Nahost-Krieg und seine Folgewirkungen fast über Nacht ins Bewusstsein des letzten Schweizers gedrungen: Auch unser Land ist durch die im Laufe der Jahre immer grössere Abhängigkeit vom Öl, dem Hauptnerv unserer Energieversorgung, in einem Ausmass verwundbar geworden, wie das bis jetzt niemand realisieren wollte. Unsere doch seit langem nicht nur auf den militärischen Sektor beschränkte Sicherheitspolitik sieht sich mit einer völlig neuen Situation konfrontiert. Hunderttausende neuer Wohnungen wurden bei uns gebaut, die nur mit Öl geheizt werden können; auf den Elektroboiler zur Ausnützung der im Land reichlich vorhandenen Wasserkraft glaubte man bei Neu- und Altwohnungen mehr und mehr verzichten zu können; die Flut von Benzinfahrzeugen auf unseren Strassen schwoll zu einem Zweimillionenheer an und degradierte den öffentlichen Verkehr sogar im Berufs- und Vorortverkehr zum Transportmittel zweiter Klasse, das statt einer Hauptfunktion nur noch Ergänzungsaufgaben zu erfüllen hatte.

Ein jähes Erwachen zwingt uns heute zur ernsthaften Prüfung der Situation und zu einer Kurskorrektur im Verkehr- und Energiesektor. Es geht bei langfristiger Betrachtung um weit mehr als unsere Bequemlichkeit: Es geht vielmehr einzig darum, unsere Energieversorgung aus einer existenzbedrohenden Abhängigkeit zu befreien und den Gedanken einer besseren Diversifikation selbst dann zu verwirklichen, wenn diese Umstellung vorübergehend mehr kostet als das Preisdiktat der Ölscheichs. Die freie Marktwirtschaft muss da ein Ende nehmen, wo sie im Extremfall unsere ganze Wirtschaft, ja sogar den Staat und das Volk in eine Abhängigkeit hineinmanövriert, die uns nicht nur horrende Preissteigerungen, sondern auch den Zwang zur Verleugnung unserer Neutralität zumuten kann. Wir sollten allerdings nicht in den Fehler verfallen, jetzt den Ölscheichs noch extra dafür zu danken, dass sie uns die Augen über die Gefahren einer einseitigen und auf die Dauer ohnehin unhaltbaren Energieversorgung geöffnet haben. Gewiss ist aber, dass wir jetzt, selbst wenn es dazu gewisser staatlicher Lenkungsmaßnahmen bedarf, den Weg zurück anzutreten haben. Und dieser Weg kann praktisch nur darin bestehen, die Vormachtstellung des Öls in der schweizerischen Energieversorgung langfristig auf ein vernünftiges Mass abzubauen, ein Ziel, das nur durch die vermehrte Benützung oder Erschliessung anderer Energiequellen wie Erdgas, Kernenergie, Holz und Kohle zu erreichen ist, das aber auch den Einsatz vermehrter Mittel für die Forschung verlangt.

Es ist paradox, dass ausgerechnet an der Schwelle eines neuen Energiebewusstseins und der wachsenden Einsicht für die Erschliessung neuer Energiequellen eine allerdings verschwindend kleine Minderheit die Parole ausgibt, den Bau der vom Bund bewilligten Kernkraftwerke mit allen, also auch nicht legitimen Mitteln zu verhindern. Diese erneute Kampfansage erinnert an gewisse Drohungen, wie sie beim Bau der Engadiner Kraftwerke und von Rheinau ausgesprochen wurden, in einer Zeit also, in

der die Schweiz von keiner Energiekrise bedroht war. Neu ist allerdings, dass das Schweizer Fernsehen in Kaiseraugst zur Stelle ist, wenn weniger als ein Dutzend Protestler über die Feiertage dort in ihren Zelten einige hundert Sympathisanten oder Neugierige über ihren «Widerstandswillen» zu orientieren versuchen. Und neu ist auch die Drohung, eine kantonale Regierung mit Hilfe einer Unterschriftensammlung in die Wüste zu schicken, sie also bei der pflichtgemässen Ausübung ihrer Verwaltungsaufgabe zu behindern und das System unserer Gewaltentrennung durch eine unschweizerische plebiszitäre Demokratie zu ersetzen.

Zu diesen unschönen und wenig zeitgemässen Erscheinungen gehört auch der unentwegte Kampf gegen gewisse Hochspannungsleitungen, obwohl das höchste Gericht des Landes in dieser Sache in letzter Zeit wiederholt ein die Situation klärendes Urteil gesprochen hat. Es ist tatsächlich nur schwer verständlich, warum man den Elektrizitätsleitungsstrassen in einem Land mit einem so ausgebauten Autobahnnetz, ja selbst in stadtnahen Gebieten mit einem ansehnlichen Pendler-Autoverkehr oft grösseren Widerstand entgegenstellt als dem Bau neuer Fabriken, einem neuen Supermarkt oder einer trostlosen Wohnkaserne auf der grünen Wiese. Dies um so mehr, als ja die Energiekrise und die notwendige Substitution des Öls bei gewissen Wärmeanwendungen die Anforderungen an die Elektrizität nicht verkleinert und sich bei zunehmender Verschiebung der Wirtschaftlichkeitsgrenzen der Zudrang zur elektrischen Raumheizung besonders bei Ein- und Zweifamilienhäusern auf dem Lande noch merklich verstärken wird.

Nicht mit Unrecht hat der neue Bundespräsident in seiner Neujahrsansprache von der Notwendigkeit gesprochen, in Zukunft etwas näher zusammenzurücken und da und dort auf etwas nur Wünschbares zu verzichten. In diesen Worten zeichnet sich auch eine neue Aufgabe für die Elektrizitätswerke, ja für alle Träger unserer Energieversorgung ab. Wenn sich der Käufermarkt in einen Verkäufermarkt wandelt, dann erhalten auch Werbung und Information neue Akzente. Die Sorge und der Kampf um den Absatz der einzelnen Energiearten und für den einzelnen Konsumenten treten dann zurück vor der Ungewissheit, ob die Energiebedürfnisse von Wirtschaft und Volk in ihrer Gesamtheit überhaupt noch befriedigt werden können. In einem solchen Moment werden Fragen der Substitution, der Beratung über den rationellsten Einsatz des einen oder anderen Energieträgers, über die Verwendung der richtigen Energietechniken und Geräte wichtiger, als sie in einer Überflusswirtschaft mit reichem Angebot von Konkurrenzenergien waren. Das vom Bundespräsidenten anvisierte «nähere Zusammenrücken» kann im Bereich der Energiewirtschaft sehr wohl auch zu einem Verzicht auf einen überflüssigen oder zu kostspieligen Werbeaufwand führen; es gibt vielleicht den Anstoss zu einer besseren Gesamtenergieträger-Übersicht, in der an die Stelle des Kampfes um den Absatz eine «überparteiliche» Marktorientierung tritt und wo die einzelnen Energieträger als oberstes Beratungskriterium die optimale Energietechnik und Geräteanwendung anerkennen.

Adresse des Autors:

Dr. F. Wanner, Alte Landstrasse 34, 8802 Kilchberg.